

Synopse

Nachtrag VII zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SRS Nummern)

Neu: —

Geändert: **151.1**

Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	Nachtrag VII zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments vom 14. September 2004
	I.
	Der Erlass SRS 151.1 (Geschäftsreglement des Stadtparlaments vom 14. September 2004) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:
Art. 1 Verfahren ¹ Das Stadtparlament wird vor Beginn der neuen Amtsdauer vom Stadtrat zur konstituierenden Sitzung einberufen. ² Die Sitzung wird eröffnet: a) vom Mitglied, welches das Stadtparlament als letztes präsidiert hat; b) allenfalls vom amtsältesten Mitglied; bei mehreren Mitgliedern mit gleichem Amtsalter entscheidet das Alter nach Jahren. ³ Dieses Mitglied: a) bezeichnet das provisorische Stimmbüro; b) leitet das Verfahren bis zur Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten.	¹ Das Stadtparlament wird für die erste Sitzung des Amtsjahres von der abtretenden Präsidentin bzw. vom abtretenden Präsidenten zur konstituierenden Sitzung einberufen.
Art. 2 Zusammensetzung und Wahl	

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>¹ Das Präsidium besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Präsidentin bzw. dem Präsidenten; b) der Vizepräsidentin bzw. dem Vizepräsidenten; c) drei Stimmenzählerinnen bzw. -zählern; diese bilden das Stimmbüro; d) den Fraktionspräsidentinnen bzw. -präsidenten. <p>² Das Stadtparlament nimmt die Wahlen gemäss Bst. a – c in der konstituierenden Sitzung bzw. der ersten Sitzung des Amtsjahres vor.</p>	<p>d) den Fraktionspräsidentinnen bzw. -präsidenten; Co-Präsidiums-Modelle sind möglich.</p>
<p>Art. 4 Präsidentin / Präsident</p> <p>¹ Die Präsidentin bzw. der Präsident:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) beruft das Stadtparlament sowie das Präsidium ein und erlässt die Traktandenliste; b) leitet die Verhandlungen des Stadtparlaments und des Präsidiums; c) wacht über die Rechte des Stadtparlaments und über die Befolgung des Geschäftsreglements; d) vertritt das Stadtparlament gegen aussen; e) unterzeichnet im Namen des Stadtparlaments zusammen mit der Stadtschreiberin bzw. dem Stadtschreiber. <p>² Zur Verhandlungsleitung gehören namentlich auch die Befugnisse gemäss:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Art. 35 Abs. 3; b) Art. 36 Bst. a; c) Art. 37 Abs. 1; 	<p>e) unterzeichnet im Namen des Stadtparlaments zusammen mit der Leitung der Stadtkanzlei.</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>d) Art. 40 Abs. 3;</p> <p>e) Art. 48 Abs. 2;</p> <p>f) Art. 84.</p>	
<p>Art. 5 Stellvertretung</p> <p>¹ Ist die Präsidentin bzw. der Präsident verhindert, so tritt an die Stelle:</p> <p>a) die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident;</p> <p>b) allenfalls das Mitglied, welches das Stadtparlament als letztes präsidiert hat.</p> <p>² Die Fraktionspräsidentinnen bzw. -präsidenten können sich an den Sitzungen des Präsidiums durch ein Mitglied aus ihrer Fraktion vertreten lassen.</p>	<p>c) allenfalls das amtsälteste Mitglied; bei mehreren Mitgliedern mit gleichem Amtsalter entscheidet das Alter nach Jahren.</p>
<p>Art. 6 Stimmbüro</p> <p>¹ Die Mitglieder des Stimmbüros ermitteln das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen.</p> <p>² Im Verhinderungsfall bezeichnet die Präsidentin bzw. der Präsident eine Stellvertretung aus der gleichen Fraktion.</p>	<p>² Im Verhinderungsfall bezeichnet die entsprechende Fraktion oder die Präsidentin bzw. der Präsident eine Stellvertretung aus der gleichen Fraktion.</p>
<p>Art. 8 Geschäftsprüfungskommission</p> <p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission prüft:</p> <p>a) den Bericht des Stadtrats über die Legislaturziele;</p> <p>b) die Amtsführung des Stadtrats und der Verwaltung im abgelaufenen Jahr;</p>	

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>c) die Führung des städtischen Haushalts sowie die Anträge über Voranschlag und Steuerfuss;</p> <p>d) den Bericht der Ombudsperson über ihre Geschäftsführung;</p> <p>e) alle Geschäfte, für die nicht eine andere Kommission zuständig ist.</p> <p>² Sie kann alle in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Geschäfte von finanzieller Tragweite überprüfen.</p>	<p>c) die Führung des städtischen Haushalts sowie die Anträge über Budget und Steuerfuss;</p>
<p>Art. 14 Vermeiden von Befangenheit</p> <p>¹ Das Stadtparlament achtet bei der Bestellung der Kommissionen darauf, dass die Kommissionstätigkeit nicht durch Befangenheit von Mitgliedern beeinträchtigt wird.</p> <p>² Wahlvorschläge werden mit der Traktandenliste bekannt gegeben.</p>	<p>² Wahlvorschläge werden mit einer Vorlage bekannt gegeben.</p>
	<p>Art. 14^{bis} Verhandlungs- und Beschlussfähigkeit</p> <p>¹ Die Kommission kann nur beraten, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.</p>
	<p>Art. 14^{ter} Zirkulationsbeschluss</p> <p>¹ Die Kommission kann auf Antrag der Kommissionspräsidentin oder des Kommissionspräsidenten einen Zirkulationsbeschluss fassen, wenn kumulativ:</p> <p>a) eine Sitzung nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden kann;</p> <p>b) nebensächliche Punkte zu bereinigen sind.</p> <p>² Der Antrag muss den Mitgliedern zur Stellungnahme innert angemessener Frist zugestellt werden und gilt als angenommen, wenn kein Mitglied Einsprache erhebt.</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	<p>Art. 14^{quater} Vertraulichkeit</p> <p>¹ Die Kommissionsberatungen dienen der freien Meinungsbildung.</p> <p>² Nicht bekannt gegeben werden dürfen:</p> <p>a) dem Amtsgeheimnis unterstehende Gegenstände der Kommissionsberatungen;</p> <p>b) die Urheberinnen und Urheber einzelner Meinungsäusserungen.</p>
<p>Art. 15 Befugnisse</p> <p>¹ Die Kommissionen können im Rahmen ihres Auftrags:</p> <p>a) die das Geschäft betreffenden Akten im Einvernehmen mit dem Stadtrat einsehen;</p> <p>b) Personen aus der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem zuständigen Mitglied des Stadtrats über Einzelheiten des Geschäfts befragen;</p> <p>c) Besichtigungen durchführen;</p> <p>d) Sachverständige befragen und im Rahmen des Budgets Gutachten einholen; ergeben sich daraus erhebliche Kosten, so ist vorgängig die Zustimmung des Präsidiums erforderlich;</p> <p>e) Interessenvertretungen anhören;</p> <p>f) in wichtigen Fällen die Öffentlichkeit über ihre Beratungen orientieren.</p> <p>² Vorbehalten bleiben die besonderen Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission gemäss Art. 105 des Gemeindegesetzes¹⁾.</p>	<p>² Vorbehalten bleiben die besonderen Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission gemäss Art. 62 des Gemeindegesetzes²⁾.</p>

¹⁾ nGS 15-59; nGS 28-25; dieser Bestimmung entspricht Art. 62 des Gemeindegesetzes vom 17. Februar 2009, sGS 151.2.

²⁾ sGS 151.2.

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>Art. 23 Anspruch auf Unterlagen und Auskünfte</p> <p>¹ Die Mitglieder haben Anspruch auf:</p> <p>a) die Veröffentlichungen der Stadt, die zur Ausübung ihres Amtes erforderlich sind;</p> <p>b) Auskünfte der Stäbe über Sachfragen, wenn die Auskünfte für die Abklärung eines Antrages oder Vorstosses erforderlich sind.</p>	<p>² Die Stadt hat den Mitgliedern die für die Veröffentlichung vorgesehenen Unterlagen gemäss Abs. 1 Bst. a in der Regel 24 Stunden vor der Veröffentlichung zur Verfügung zuzustellen. Vorbehalten sind dringliche Veröffentlichungen.</p>
<p>Art. 28 Sekretariat</p> <p>¹ Die Stadtschreiberin bzw. der Stadtschreiber führt das Sekretariat und das Protokoll des Stadtparlaments und des Präsidiums.</p> <p>² Die Stellvertretung besorgt eine auf Vorschlag des Stadtrats gewählte Person aus der Stadtverwaltung.</p>	<p>¹ Die Leitung der Stadtkanzlei führt das Sekretariat und das Protokoll des Stadtparlaments und des Präsidiums.</p>
<p>Art. 31 Sitzungstag und Dauer</p> <p>¹ Die Sitzungen werden in der Regel auf einen Dienstag einberufen.</p> <p>² Sie dauern in der Regel von 16.00 bis 19.00 Uhr.</p> <p>³ Das Stadtparlament kann eine Verlängerung beschliessen.</p>	<p>² Sie dauern in der Regel von 16.00 bis 20.00 Uhr.</p>
<p>Art. 51 Detailberatung</p> <p>¹ Wird Eintreten beschlossen oder besteht Pflicht zum Eintreten, so folgt die Detailberatung.</p>	<p>¹ Falls in der Eintretensdiskussion weder Nichteintreten noch Rückweisung bzw. in der allgemeinen Diskussion nicht Rückweisung beschlossen wird, folgt die Detailberatung.</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>² Die Detailberatung erfolgt nach Artikeln, Ziffern, Abschnitten oder einer anderen geeigneten Unterteilung.</p> <p>³ Darin können Anträge auf Änderung oder auf Rückweisung in einzelnen Punkten an die vorberatende Kommission oder den Stadtrat gestellt werden. Der Rückweisungsantrag muss den Auftrag, welcher der vorberatenden Kommission oder dem Stadtrat erteilt wird, enthalten. Im Übrigen wird die Detailberatung fortgesetzt.</p>	
<p>Art. 55 Legislaturziele</p> <p>¹ Das Stadtparlament berät den Bericht des Stadtrats über die Legislaturziele im ersten Halbjahr der Amtsdauer.</p> <p>² Es werden eine allgemeine Diskussion und eine Detailberatung geführt. Änderung des Berichts und Rückweisung sind nicht zulässig.</p> <p>³ Nach der allgemeinen Diskussion und der Detailberatung stellt die Präsidentin oder der Präsident Kenntnisnahme fest.</p>	<p>¹ Das Stadtparlament berät den Bericht des Stadtrats über die Legislaturziele im ersten Jahr der Amtsdauer in der letzten Sitzung vor der Sommerpause.</p>
<p>Art. 56 Voranschlag</p> <p>¹ Bei der Behandlung des Voranschlags werden eine allgemeine Diskussion und eine Detailberatung geführt.</p> <p>² Rückweisung ist mit Bezug auf einzelne Positionen des Voranschlags zulässig. Der Rückweisungsantrag muss den Auftrag, welcher der vorberatenden Kommission oder dem Stadtrat erteilt wird, enthalten.</p>	<p>Art. 56 Budget</p> <p>¹ Bei der Behandlung des Budgets werden eine allgemeine Diskussion und eine Detailberatung geführt. Eine Rückweisung bereits nach der allgemeinen Diskussion ist nicht zulässig.</p> <p>² Werden zu einzelnen Posten des Budgets Anträge gestellt, ist über diese und nachher das bereinigte Budget zu beschliessen.</p> <p>³ Rückweisung und Ablehnung ist mit Bezug auf einzelne Posten des Budgets zulässig. Der Antrag auf Rückweisung oder Ablehnung muss den Auftrag, welcher der Geschäftsprüfungskommission oder dem Stadtrat erteilt wird, enthalten.</p> <p>⁴ Anträge zu budgetmässig gebundenen Posten sind nicht zulässig.</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	<p>⁵ Bei der Rückweisung oder Ablehnung des Budgets passt es der Stadtrat nach den Vorgaben des Stadtparlaments an und legt das überarbeitete Budget dem Stadtparlament innert acht Wochen vor.</p>
<p>Art. 59 Einbürgerungsgesuche</p> <p>¹ Vor der Behandlung der einzelnen Einbürgerungsgesuche kann eine allgemeine Diskussion geführt werden. Der Antrag auf Rückweisung ist nicht zulässig.</p> <p>² Bei den einzelnen Einbürgerungsgesuchen kann zu den gesetzlichen Voraussetzungen der Einbürgerung diskutiert werden.</p> <p>³ Bei den einzelnen Einbürgerungsgesuchen kann Antrag auf Zustimmung zum Einbürgerungsgesuch oder auf Ablehnung des Einbürgerungsgesuchs gestellt werden. Anträge auf Rückweisung oder Verschiebung sowie Änderungsanträge sind nicht zulässig.</p> <p>⁴ Anträge, die von jenem des Einbürgerungsrats abweichen, müssen eine schriftliche Begründung enthalten, die sich auf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung bezieht. Andernfalls werden sie nicht zur Abstimmung gebracht.</p>	<p>¹ Das Stadtparlament beschliesst über die Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts, wenn gegen den Beschluss des Einbürgerungsrats, das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht zu erteilen, gültig Einsprache erhoben wurde.³⁾</p> <p>² Die Behandlung richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über das St.Galler Bürgerrecht.⁴⁾</p> <p>³ <i>Aufgehoben.</i></p> <p>⁴ <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>Art. 60 Allgemeines a) Einreichung</p> <p>¹ Motionen, Postulate und Interpellationen können nur während der Sitzungen des Stadtparlaments eingereicht werden.</p> <p>² Einfache Anfragen können auch ausserhalb der Sitzungen eingereicht werden.</p>	<p>^{2bis} Parlamentarische Vorstösse von parlamentarischen Kommissionen können durch einen Bevölkerungsvorstoss gemäss Partizipationsreglement angestossen worden sein.</p>

³⁾ Art. 24 Abs. 3 Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht; BRG; sGS 121.1.

⁴⁾ sGS 121.1.

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>³ Am Schluss der Sitzung wird dem Stadtparlament Kenntnis gegeben:</p> <p>a) von den neu eingegangenen Motionen, Postulaten und Interpellationen;</p> <p>b) von den seit der letzten Sitzung eingegangenen Einfachen Anfragen.</p>	
<p>Art. 68 d) Erheblicherklärung; aa) Traktandierung</p> <p>¹ Die Stellungnahme des Stadtrats zur Erheblicherklärung erfolgt schriftlich spätestens mit der Einladung zur drittfolgenden Sitzung. Diese Anträge des Stadtrates werden von der zuständigen Kommission vorberaten.</p> <p>² Stimmt das Mitglied zu, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat oder das für eine Gruppe spricht, so kann ein Vorstoss auf die Traktandenliste einer späteren Sitzung verschoben werden.</p>	<p>^{1bis} Die Rechnungs- und Budgetsitzungen werden bei der Berechnung der Frist gemäss Abs. 1 nicht berücksichtigt.</p>
<p>Art. 73b f) Bericht über hängige Motionen und Postulate</p> <p>¹ Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament jährlich Bericht über die anhängigen Motionen und Postulate.</p> <p>² Ist ein Vorstoss seit mehr als zwei Jahren anhängig, so begründet der Stadtrat die Verzögerung und stellt Antrag für das weitere Vorgehen.</p> <p>³ Das Stadtparlament kann den Vorstoss abschreiben, wenn er überholt ist oder andere gewichtige Gründe gegen die Erfüllung des Auftrags sprechen.</p>	<p>² Kann der Stadtrat den erteilten Auftrag nicht innert zweier Jahre ausführen, so begründet der Stadtrat innert der Frist die Verzögerung und stellt Antrag für das weitere Vorgehen.</p>
<p>Art. 75 b) Traktandierung</p> <p>¹ Die mündliche Beantwortung einer Interpellation erfolgt in der Regel in der übernächsten Sitzung.</p>	

Geltendes Recht	Arbeitsversion
<p>² Die schriftliche Beantwortung erfolgt in der Regel mit der Einladung zur drittfolgenden Sitzung.</p> <p>³ Stimmt das Mitglied zu, das den Vorstoss erstunterzeichnet hat, so kann eine Interpellation auf die Traktandenliste einer späteren Sitzung verschoben werden.</p>	<p>² Die schriftliche Beantwortung erfolgt in der Regel mit der Einladung zur drittfolgenden Sitzung. Die Rechnungs- und Budgetsitzungen werden bei der Berechnung der Frist nicht berücksichtigt.</p>
<p>Art. 100 Geheime Wahlen a) Grundsatz</p> <p>¹ In geheimer Wahl werden gewählt:</p> <p>a) Stadtschreiberin bzw. Stadtschreiber, b) Leiterin bzw. Leiter der Finanzkontrolle; c) Ombudsperson; d) Stellvertretung der Ombudsperson.</p> <p>² Bei den Wahlen gemäss Bst. a und b wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Wird der Vorschlag abgelehnt, so unterbreitet der Stadtrat einen neuen Vorschlag.</p> <p>³ Die Geschäftsprüfungskommission unterbreitet dem Stadtparlament einen Vorschlag für die Wahl der Ombudsperson und der Stellvertretung der Ombudsperson.</p> <p>⁴ Geheime Wahl erfolgt im Übrigen, wenn dies von 21 Mitgliedern verlangt wird.</p>	<p>a) die Leitung der Stadtkanzlei; Co-Leitungs-Modelle sind möglich; b) Leiterin bzw. Leiter der Finanzkontrolle; Co-Leitungs-Modelle sind möglich;</p>
<p>Art. 103 b) Genehmigung und Zustellung an das Stadtparlament</p> <p>¹ Das Beschluss-Protokoll wird vom Präsidium genehmigt und den Mitgliedern des Stadtparlaments und dem Stadtrat innert Monatsfrist zugestellt.</p>	<p>¹ Das Beschluss-Protokoll wird vom Präsidium genehmigt und innert 14 Tagen öffentlich zugänglich gemacht.</p>
<p>Art. 105 Tonbandaufzeichnungen</p> <p>¹ Die Beratungen des Stadtparlaments werden aufgezeichnet.</p>	<p>Art. 105 Audioaufnahmen</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
² Die Aufzeichnungen werden in der Stadtkanzlei aufbewahrt und können dort abgehört werden. Sie werden zudem öffentlich zugänglich gemacht.	
Anhänge	
1 Gemäss Art. 98	1 Gemäss Art. 98 <i>(geändert)</i>
	II.
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Dieser Nachtrag wird auf den 1. November 2025 in Kraft gesetzt.
	St.Gallen, 23. September 2025 Im Namen des Stadtparlaments Die Präsidentin Jacqueline Gasser-Beck Der Ratssekretär: Manfred Linke